

genden Heizkosten berücksichtigt werden und kinderreiche Familien bei der Unterstützung verstärkt berücksichtigt werden. Für den Einsatz einer Kommission "Wohnungsbau" beim Parteivorstand spricht sich der Unterbezirk Düsseldorf aus.

#### FAMILIENPOLITIK

---

(Anträge 408 - 431)

24 Anträge zum Parteitag beschäftigen sich mit der Familienpolitik. Ein breites Massnahmenbündel, insbesondere zur Verbesserung der Situation kinderreicher Familien, schlägt der Landesverband Saar vor: Darunter die Einführung eines Schulfachs "Kindererziehung", die Möglichkeit einjähriger Beurlaubung eines Elternteils nach der Geburt eines Kindes bei Garantie des Arbeitsplatzes, rentenrechtliche Anerkennung der Erziehungszeiten im Rahmen einer umfassenden sozialen Sicherung der Frau. Eine Überprüfung des Sozialhilferechts auf kinderfeindliche Regelungen (Anrechnung des Kindergeldes als Einkommen) regt der Kreisverband Stormarn an. Die Möglichkeit, den Mutterschaftsurlaub auch für den Vater einzuführen, so dass beide Eltern wählen können, fordern weitere sechs Anträge. Mit der erneut aktuellen Diskussion um den Paragraphen 218 befassen sich drei Anträge, wobei der Ortsverein List-Süd (Hannover) den Ausbau der Beratungs- und Hilfsmassnahmen für schwangere Frauen und ihre Familien erheblich verstärkt sehen will.

#### GLEICHSTELLUNG DER FRAU

---

(Anträge 432 - 440)

Insgesamt 9 Anträge liegen zum Thema Gleichstellung der Frau vor. Ein umfassendes Programm zur Wiedereingliederung von Frauen ins Berufsleben fordert beispielsweise der Ortsverein Bonn-Nord. Ein solches Programm sollte insbesondere Frauen zugute kommen, die wegen Kindererziehung jahrelang nicht berufstätig waren und wegen technischer Neuerungen in ihrem erlernten Beruf eine Fortbildung benötigen.

Die Öffentlichkeitsarbeit zum Abbau bestehender Vorurteile über die Rolle der Frau sollte verstärkt werden. Ein Amt für Chancengleichheit bei der Bundesregierung wird von den Ortsvereinen Schweinfurt-Deutschhof/Höllental und Bergrheinfeld angeregt. Die Landesorganisation Hamburg fordert ein solches Amt auf allen Regierungsebenen.

Die übrigen Anträge behandeln vorrangig die noch immer zu beobachtende Lohndiskriminierung der Frauen und ihre Benachteiligung am Arbeitsplatz durch unzeitgemässe Arbeitsschutzverordnungen.

#### JUGENDPOLITIK

---

(Anträge 441 - 447)

Mit dem Thema Jugendpolitik beschäftigen sich insgesamt 8 Anträge. 3 Anträge wünschen eine verstärkte und intensivere Diskussion über die Gefährdung Jugendlicher durch Alkoholmissbrauch.